

# Einzelvorschläge zur politischen Ausgestaltung des weiteren Stadumbaus in Halle in der kommenden Stadtratsperiode

- 1. Städtebauförderung zukünftig auch für Modellprojekte zur architektonischen Verbesserung in Großsiedlungen einsetzen** (zwecks Auflösung der städtebaulichen Monotonie); dazu insbesondere den Aufwuchs der Städtebaufördermittel nutzen infolge der Aufstockung der Bundesprogramme

2. Voraussetzungen schaffen, um **lokale Bestandshalter verstärkt in die Innenstadt holen** und dadurch prognostizierten **Zusatzbedarf von Wohnungen im Bereich Innere Stadt bis 2025 realistisch abzubilden.**

Ansatzpunkte bilden u.a.

- Kommunale Liegenschaftspolitik (siehe auch Punkt 5),
- Beschleunigung/Erleichterung von Baugenehmigungsverfahren, Denkmalschutz mit Augenmaß
- Vorrangige Weitergabe von Fördermitteln an WUs die Bestände an der Peripherie abreißen und ggf. Grundsteuerbefreiung leerstehender Flächen in geplanten Abrissgebäuden.

3. Mittel der **Städtebauförderung verstärkt für Anpassung technischer Infrastruktur** einsetzen (z.B. die Redimensionierung der Trinkwasserleitungen);
  
4. Innovative **Konzeptansätze** der Stadtwerke **zur Minderung des demographiebedingten Anstiegs der Nebenkosten** politisch positiv begleiten;

## 5. Entwicklung einer **vorausschauenden Wohnbauflächenpolitik** u.a. durch

- Die Verbesserung der Ansätze zu Innenrevitalisierung durch Vorrang für Nachnutzung von Bestandsflächen vor Neuausweisung von Flächen;
- die Wahrung der öffentlichen Zugänglichkeit der Uferbereiche und Beachtung von Hochwasserschutz bei Ausweisung von neuen Wohnflächen in Ufernähe

6. Überlegungen zu **Entwicklung alternativer Finanzierungskonzepte** und ggf. Umsetzungsansätze **im Bereich Stadtentwicklung** in Vorbereitung auf die **Periode nach 2019**

(z.B. Stadtentwicklungsfonds zur Abdeckung von Finanzierungslücken für Projekte, die Einnahmen erzielen, für die aber eine Banken- oder Zuschussfinanzierung nicht vollständig möglich ist, Projektrealisierung über Private-Public-Partnerships u.a.m.)

**7. Einrichtung einer  
Stadtentwicklungsgesellschaft** mit  
Aufgabenbereichen wie  
Sanierungsträgergeschäft,  
Quartiersentwicklung, Stadtteilmanagement.

8. Entwicklung eines **Maßnahmenkonzeptes gegen Segregation**, um der Ghettobildung in verschiedenen Stadtgebieten entgegenzutreten, z.B. durch
- Förderung gehobener Wohnraumangebote in Stadtteilen mit einseitiger Bevölkerungsstruktur;
  - Nutzung des Mittelaufwuchses des Programmes Soziale Stadt zur Sicherung / Verbesserung der sozialen Durchmischung
  - Entwicklung von **positiven Stories für Wohngebiete** / Quartiersbereiche mit Negativimage